

Langer Weg zur Reform der Schweizer Armee

Sicherheit ist kein Spielball



RENÉ ZELLER

Die Armee reform ist schon arg zerredet worden. In welche Richtung soll das wichtigste Sicherheitsinstrument der Eidgenossenschaft weiterentwickelt werden? Darüber wird seit Jahren zähflüssig diskutiert. Die Debatte belegt vor allem etwas: Im Lande Schweiz herrscht sicherheitspolitische Konfusion.

Wer zur Linken wenigstens für eine «Armee light» plädiert, hat einen schweren Stand gegen die roten und grünen Falken, die gar keine Armee wollen. Auf der anderen Seite will die SVP eine kraftstrotzende Armee, die aber ausserhalb der Landesgrenzen nichts verloren habe. Legitimerweise wird von Befürwortern der Landesverteidigung die Frage aufgeworfen, ob eine markant geschrumpfte Armee den klassischen militärischen Kernauftrag noch erfüllen könnte. Dass aber die Verfassung auch militärische Einsätze zugunsten der Friedenssicherung explizit als Armeeauftrag bezeichnet, negiert beispielsweise die Volkspartei rundweg.

Am Mittwoch hat sich der Nationalrat in zweiter Lesung über die Armee reform gebeugt. Bundesrat Ueli Maurer erinnerte daran, dass sich das Parlament bereits vor über vier Jahren auf die wichtigsten Eckwerte des Projekts «Weiterentwicklung der Armee» – Sollbestand 100 000, jährlicher Budgettrah-

men 5 Milliarden Franken – verständigt habe. Trotzdem feilschte die grosse Kammer nochmals um die immergleichen Eckwerte, als befände sie sich auf einem orientalischen Basar.

Immerhin ist die Vorlage diesmal nicht vollends abgestürzt. Durchgesetzt hat sich die von FDP und CVP vorgespurte Marschorder: Den Armeepianern soll in absehbarer Zeit ein Budget von 5 Milliarden Franken zur Verfügung gestellt werden. Die Truppen sollen vollständig ausgerüstet, die Milizsoldaten zeitgemäss ausgebildet und die Einsatzdoktrin auf die wahrscheinlichen Risiken ausgerichtet werden. Parallel dazu ist der Sollbestand von 200 000 auf 100 000 Armeeangehörige zu reduzieren.

Es darf damit gerechnet werden, dass das Parlament die so konzipierte Armee reform in der Frühjahrs session unter Dach und Fach bringt. Damit würde eine Reform resultieren, die in vielerlei Hinsicht den Abschied von traditionellen militärischen Konzepten mit sich bringt. Die Fokussierung auf neue Bedrohungsformen, wie sie sich vor kurzem in Paris in hässlich-brutaler Weise manifestiert haben, erfordert zwingend ein Umdenken in den Köpfen. Armeepianer, Bundesrat und bürgerliche Parlamentsmehrheit sind jetzt auf einen sicherheitspolitischen Weg geschwenkt, der in die richtige Richtung führt.

Doch man täusche sich nicht. Von einem sicherheitspolitischen Burgfrieden ist die Schweiz weit entfernt. Armeekritiker, die von einer «Scheinreform» sprechen, und Armeebefürworter, welche die Reform als militärische Kapitulationserklärung geisseln,

werden inhaltlich niemals zueinanderfinden. Trotzdem ist es denkbar, dass sich die beiden Lager in einem Referendumskampf die Hände reichen werden.

Es befremdet, dass in der Schweiz über die eigene Armee gestritten wird, als wäre sie ein Spielball, während unsere Nachbarstaaten im Angesicht des islamistischen Terrors militärische Interventionen erwägen. Die fehlende Ernsthaftigkeit, mit der hierzulande über sicherheitspolitische Konzepte gestritten wird, schürt Unsicherheit.

Dazu hat der Bundesrat seinen Teil beigetragen, indem er die Armee seit vielen Jahren in erster Linie als Zitrone betrachtet, die noch nicht ausgepresst ist. Die bürgerlichen Parteien ihrerseits sollten erkennen, dass auch Investitionen in die Sicherheit plafoniert werden müssen. Es gilt, die Balance zu finden zwischen genereller Budgetdisziplin und sicherheitspolitischer Anspruchsmoralität. Wenn die bürgerlichen Parteien jetzt 5 Milliarden Franken für die Armee einfordern, müssen sie in Kürze auch konkret benennen, wo andernorts gespart werden soll.

Von Schulter schlüssen ist in letzter Zeit oft die Rede gewesen. In der Sicherheitspolitik muss das Gelingen, zumal die Linke abseits stehen wird. Das bedeutet für die bürgerlichen Parteien, dass sie die Armee reform in einem allfälligen Referendumskampf Schulter an Schulter sowohl gegen pazifistische Traumtänzer als auch gegen finanzpolitisch masslose Patrioten verteidigen müssen. Falls das nicht gelingt, schlittert die Armee in eine existenzielle Sinnkrise.

Kanton Luzern verordnet Zwangsferien

Konzeptloses Sparen



ERICH ASCHWANDEN

Die Sparbemühungen im Bildungsbereich haben in Luzern eine neue Dimension erreicht. Im kommenden Jahr werden sämtliche Mittel- und Berufsschulen für eine Woche geschlossen. Mit diesen vom Parlament im Rahmen der Budgetverhandlungen verordneten Zwangsferien kann der Kanton rund 4 Millionen Franken an Lehrerlöhnen einsparen. Die Idee ist keineswegs neu, sondern wurde vom Regierungsrat bereits vor zwei Jahren auf Tapet gebracht. Nach emotionsgeladenen Diskussionen wurde sie damals vom Kantonsrat mit grosser Mehrheit auch der Bürgerlichen versenkt.

Dass der Vorschlag nun doch noch realisiert wird, macht einerseits deutlich, in welch-

verzweifelte Lage sich der grösste Zentralschweizer Kanton hineinmanövriert hat. Andererseits zeigt die spektakuläre Kehrtwende, wie konzept- und kopflos im Kanton Luzern in den letzten Jahren «gespart» wird. Begeistert über den Entscheid ist niemand.

Auch den Befürwortern von staatlich verordneten Zwangsferien nämlich ist sehr wohl bewusst, dass es sich weder um eine nachhaltige noch um eine sinnvolle Sparmassnahme handelt, sondern um eine grobschlächtere Methode, wenigstens ein paar Millionen Franken einzusparen. Das Zünglein an der Waage spielte schliesslich die CVP, doch wohl war es der Partei bei diesem Entscheid keineswegs. Erklärte doch ihr Sprecher, diese Sparmassnahme sei eigentlich ein «Schildbürgerstreich». Allerdings erforderten ausserordentliche Situationen leider ausserordentliche Massnahmen. Von diversen anderen Massnahmen im Bildungsbereich, wie etwa der Erhöhung des Schulgeldes oder mehr Schullektionen für

die Lehrer, wollte die CVP hingegen nichts wissen.

Aus pädagogischer Sicht ist der Beschluss fragwürdig. Wie will man Gymnasiasten und Berufsschülern klarmachen, dass sie jede Stunde in der Schule intensiv zum Lernen nutzen sollen, wenn man offenbar mir nichts, dir nichts auf eine ganze Woche Unterricht verzichten kann. Schulstunden dürfen nicht zu finanzpolitischer Manövriermasse verkommen. Fragen wirft der Entscheid auch in rechtlicher Hinsicht auf. Wieso wird ausgerechnet den Lehrerinnen und Lehrern auf diese Weise der Lohn reduziert, nicht jedoch den übrigen Angestellten des Kantons?

Vielleicht wäre es keine schlechte Idee, kommendes Jahr auch den Luzerner Regierungsrat für eine Woche in die Zwangsferien zu schicken. Als Hausaufgabe müssten die fünf Herren in dieser freien Zeit eine tragfähige und kohärente Strategie für die Finanzpolitik ausarbeiten. Ohne dafür Lohn zu erhalten selbstverständlich.

Bauboom bei den Spitälern

Die Mär vom bösen Wettbewerb



JAN HUDEC

Kritiker monieren jeweils, dass die neue Spitalfinanzierung, mit der das Gesundheitswesen wettbewerbtlich organisiert wurde, zu einem teuren Wettrennen zwischen den Spitälern geführt habe. Die nackten Zahlen scheinen diesen Befund zu stützen: 2,6 Milliarden Franken fliessen zwischen 2013 und 2023 allein in die Infrastruktur der Spitäler im Kanton Zürich. Für das Universitätsspital sind zusätzlich Ausgaben von 2,1 Milliarden Franken geplant. Schweizweit rechnet man gar mit anstehenden Investitionen von 20 Milliarden.

Haben die Spitäler jedes Mass verloren? Nein, das haben sie nicht. In den vergangenen 20 Jahren haben Gemeinden und Kantone die Investitionen in ihre Krankenhäuser auf ein

Minimum beschränkt. Der Investitionsstau im Spitalwesen ist beträchtlich, und das rächt sich nun. Der Wettbewerb zwischen den Spitälern führt lediglich dazu, dass die Versäumnisse jetzt beseitigt werden. Davon profitieren in erster Linie die Patienten. Aber auch für die Spitäler müssen die hohen Kosten nicht nur ein Klotz am Bein sein. Wer klug plant, kann Betriebskosten senken. Die zusätzliche unternehmerische Verantwortung hat dazu geführt, dass sich Spitaldirektoren heute sehr genau überlegen, wofür sie wie viel Geld ausgeben. Auch werden vermehrt sinnvolle Kooperationen eingegangen.

Den Wettbewerb anzuprangern, ist also verfehlt. Trotzdem birgt das System Risiken: Die Krankenhäuser werden die grossen Summen, die sie nun investieren, erst noch verdienen müssen. Diverse Spitäler machen dazu heute aber zu wenig Gewinn. Die Verlockung ist deshalb gross, das Problem durch eine Mengenausweitung zu lösen, also Patienten zu operieren, die eine Operation gar nicht nötig

haben. Das ist weder im Sinne der Patienten noch im Sinne der Allgemeinheit, die die unnötigen Kosten tragen muss. Die Aufsichtsbehörden müssen ein Auge auf diese Entwicklung haben und nötigenfalls korrigierend eingreifen.

Zudem besteht die Gefahr, dass die Spitäler Überkapazitäten schaffen oder Luxusprojekte realisieren. Nun bedeutet Wettbewerb auch, dass jene, die nicht mithalten können, irgendwann auf der Strecke bleiben. Der Kanton Zürich hat Ende der 1990er Jahre gezeigt, dass Spitalschliessungen eine heilsame Wirkung haben können. Es wird interessant sein zu sehen, ob man auch künftig den Mut haben wird, Spitäler, die sich verspekuliert haben, in Konkurs gehen zu lassen. Der Aufschrei in der Bevölkerung ist in solchen Fällen zwar jeweils gross und damit auch die Verlockung für den Staat, rettend einzugreifen. Wo man aber mit Staatsgarantie investieren kann, um Konkurrenten aus dem Feld zu drängen, wird es teuer. Die Politik muss verhindern, dass das passiert.



LAUT UND LUISE Bei Pipilotti zum Kaffee

Von DANIELE MUSCIONICO

Jede Zeit hat den Ablasshandel, den sie verdient. In unserer Zeit blüht der Ablasch ganz besonders üppig und in phantasievollsten Formen.

Ein Beispiel? Drei Beispiele: Wer schon alles hat, adoptiert Kinder. Aus einem andern Kulturkreis, selbstredend. Wer lediglich fast alles hat, sammelt Kunst. Keine zeitgenössische, versteht sich. Und, wer Erich Fromm verinnerlicht hat und meint, dass die seelischen Grundlagen der neuen Gesellschaft an der Schwelle zur «nicht theistischen Religiosität» auf Liebe und Teilnahme gründe – der geht den dritten Weg.

Diesen Pfad betritt die marktführende Universalbank des Kantons Zürich. Sie geht ihn dort, wo eine Bank am öffentlichkeitswirksamsten Bank ist. Nicht in der prächtig prachtlösen, zwinglianisch leer geräumten neuen Schalterhalle ihres Hauptsitzes, sondern dort, wo sie zeigen kann, worum es ihr geht: um das Wohl der Menschen, die sie einlädt in ihr neues, ergonomisch ausgependeltes Café.

Dieses liegt, man müsste es nicht betonen, an der «weltberühmten Bahnhofstrasse». Und weltberühmt wird die Strasse wohl sein, denn was in einem Café auf der Speisekarte steht, wird stimmen – eine Speisekarte ist ja keine Börsentabelle.

Im Übrigen darf daselbst jeder sitzen, der darüber hinwegsieht, dass er als Gast die Anmutung einer wichtigen Wertanlage in einem öffentlich einsehbar Bankschliessfach hat: Wer vorbeischlendert, kann durch die riesigen Scheiben jeden einzelnen Krümel der Zürcher Pfarrhaustorte zählen, den man vor Publikum stilvoll verzehrt.

Was ist jetzt mit dem dritten Weg? Er ist die Symbiose von Kunst und Religion (für Atheisten) und heisst Trost. Trost verspricht bekanntlich alles, was süss ist und was an diesem Ort vor feuchten Mündern hin und her getragen wird. In nämlichem Café verspricht Trost aber auch eine Videoinstallation von Pipilotti Rist.

«Is ja nett, möcht ich aber nicht bei mir zu Hause», kommentiert das Kunstwerk ein Herr aus Europa. Oder: «Lueg emol, es Muul!», grinst es am Tisch der Eingeborenen. Und das will heissen: Die Installation von Rist, «Wir verwurzeln (Seelenfarben)», hängt hier so richtig, wie selten ein Rist-Kunstwerk hängt. Das visuelle Poem aus Farb- und Klang und Körperteilen ist eine Art Wurzelchakra-Meditation für den Tortenliebhaber einer neuen Gesellschaft.

Das Pikante an der Sache, die süss genug ist, um nicht auch noch pikant zu sein: Pipilotti Rist – dieses Jahr auf Platz 10 der Weltkunstliste, also die mit Abstand werthaltigste Schweizer Kunstschaffende – wurde bereits 2008 in New York als Lichtgestalt in der Krise gefeiert. Nicht von einem Bankinstitut, immerhin aber vom Museum of Modern Art (MoMA), der geistigen Weltbank für das Schöne und Wahre. Damals war der Stock Market vergiftet, der Irakkrieg entzündet und der Down-Jones-Index am Abend der Ausstellungseröffnung auf unter 8000 Punkte gefallen. Sämtliche Kennzeichen des Glücks befanden sich im Sinkflug.

Und jetzt, am Ende eines Krisenjahres, macht erneut ein Wertunternehmen Rists Tröstungen zum Trost aller publik. Geht es uns denn so schlecht? Oder so gut? Gut geht es uns, und wie! Wahr ist auch: Zumindest bis jetzt wird die Installation in Zürich so gezeigt, dass sie niemanden stört – namenlos anonym nämlich. Das Bankgeheimnis ist ruiniert, hoch lebe das Kunstgeheimnis.

Daniele Muscionico macht an dieser Stelle wöchentlich Nebensächliches zur Hauptsache oder umgekehrt.

AUS DEN NZZ-BLOGS

Die hedonistische Tretmühle der Liebe

MILOSZ MATUSCHEK: «Was fehlt dem Einzelnen heute noch in der westlich-industrialisierten Welt? Die Grundbedürfnisse sind gestillt, die Schlachten der Freiheit gewonnen, der Friede ist gesichert, oder aber der Krieg ist outgesourct. Das letzte Feld ist das des individuellen Glücks und der Liebe. Hier ist jeder auf sich allein gestellt. Es gibt kein Grundrecht auf Liebe, keine Sicherheit für individuelles Glück. Es gibt ein Recht, danach zu streben, mehr nicht. Und zunehmend wird aus dem Recht sogar eine Pflicht.»

NZZ DR. STRANGELOVE – Das Beziehungs-Blog der NZZ
dr.strangelove.blog.nzz.ch